

RM Homfeldt teilt mit, dass die CDU-Fraktion beantragt, diese Richtlinie heute nicht zu beschließen, sondern zurück an den Fachausschuss zu verweisen. Er begründet den Antrag damit, dass das vorgeschlagene Punktesystem aus Sicht seiner Fraktion konventionell wirtschaftende Betriebe in Schortens sehr deutlich benachteiligt.

Ergänzend führt RM Homfeldt aus, dass nach diesem System Punkte für bestimmte Kriterien an Bewerber/-innen für Pachtflächen vergeben werden und es danach fast sicher sei, dass wenn ein Biobetrieb von außerhalb eine Schortenser Fläche pachten will, er diese Fläche bekomme und nicht der konventionell wirtschaftende Betrieb aus Schortens. Da seine Fraktion dies für eine unangemessene Benachteiligung halte, möchte sie darüber erneut im Fachausschuss diskutieren.

RM Borkenstein erklärt, dass die SPD-FDP-Gruppe dem Antrag nicht zustimmen wird, da das von der Verwaltung mit dem Richtlinienentwurf vorgelegte Punktesystem sehr differenziert sei.

Er beantragt, den Richtlinienentwurf dahingehend zu ergänzen, dass zukünftig bei Neuverpachtungen oder bei der Verlängerung von Pachtverträgen Bewerber/-innen ausgeschlossen werden, die Biogas-Mais auf den städtischen Flächen anbauen wollen.

RM Ottens teilt mit, dass auch die Mitglieder der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ keinen Grund sehen, diesen Punkt noch einmal zu vertagen. Die Richtlinie sei aus Sicht seiner Fraktion ausgewogen und vernünftig von Frau Idel dargestellt worden. Zudem sei es hinlänglich bekannt, dass die Grünen den ökologischen Landbau fördern wollen und dies werde hier mit der Punktevergabe zum Ausdruck gebracht.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Homfeldt gibt er zu bedenken, dass es nicht ganz richtig sei, dass die Einheimischen immer benachteiligt seien. Man dürfe nicht vergessen, dass auch für das Preisgebot Punkte vergeben werden. Eine Berücksichtigung Schortenser Landwirte sei daher durchaus möglich.

Aber letzten Endes halte seine Fraktion den ökologischen Landbau für wichtig und deshalb werde sie der Richtlinie und dem Änderungsantrag der SPD-FDP-Gruppe zustimmen.

RM Homfeldt hält eine Beratung über den Antrag der SPD-FDP-Gruppe im Fachausschuss für wünschenswert.

Er gibt zu bedenken, dass man laut den Ausführungen des RM Ottens für Geld den Ökogedanken aufgeben könnte. Besuche bei landwirtschaftlichen Betrieben vor wenigen Wochen hätten gezeigt, so RM Homfeldt, wie schwer es auch für Schortenser Betriebe sei, weiterhin existieren zu können. Seine Fraktion empfinde es daher als ungerecht, Flächen dann an Schortenser Betriebe zu verpachten, wenn diese einen höheren Preis zahlen würden.

BM Böhling teilt mit, dass die Verwaltung im Verwaltungsausschuss entsprechende Berechnungsbeispiele erläutert habe und man das Bewertungssystem nicht auf das Ergebnis Ökolandwirtschaft ja oder nein reduzieren könne. Es gebe weitere Kriterien

wie u. a. die Teilnahme am Gewässerrandstreifenprogramm, Beschäftigung von Auszubildenden sowie Einbringung von Wildkrautsamen, die ein/e Bewerber/-in aus Schortens erfüllen könne. Im Grunde genommen habe ein Schortenser Landwirt mit relativ wenig Aufwand die Möglichkeit, den typischen Ökolandwirt mit seiner Punktzahl zu übertrumpfen. Er spricht sich für die Richtlinie aus.

RM Borkenstein hält eine Beratung im Fachausschuss über die von seiner Gruppe beantragte geringfügige Änderung für nicht erforderlich.

Weiter führt er aus, dass allgemein bekannt sei, dass dort, wo Bio-Mais angebaut werde, auf jeden Fall das Grundwasser stärker belastet sei. Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserband gebe hierzu spätestens alle vier Wochen eine Pressemitteilung heraus. Er weist auf die bestehende Gefahr hin, dass zukünftig weitere Brunnen nicht mehr nutzbar sein werden. Da dies eine tickende Zeitbombe sei, müsse darüber seines Erachtens nicht lange beraten werden. Er bedaure es, dass seine Gruppe dies nicht schon während der Beratung im Fachausschuss erkannt habe.

RM Borkenstein gibt zu bedenken, dass der Rat der Stadt Schortens die Verantwortung für die städtischen Flächen trägt. Eine Benachteiligung sei für ihn nicht erkennbar, da alle Schortenser Landwirte 30 Punkte dafür erhielten, dass sie ortsansässig seien.

Auf Nachfrage von **RM Thiesing** erläutert **RM Borkenstein**, dass ein Maisanbau auf städtischen Flächen für eine Verwertung in Biogasanlagen verhindert werden soll, unabhängig davon ob die/der Pächter/-in Betreiber/-in einer Biogasanlage ist oder den Mais zur entsprechenden Verwertung weitergeben würde.

RM Freygang merkt an, dass es bei Zustimmung zum Antrag der SPD-FDP-Gruppe erforderlich sei, ein Kontrollorgan einzuführen.

RM Prof. Dr. Appel erklärt, dass in Biogasanlagen außer Mais u. a. auch Weizen verwendet werden kann und erkundigt sich, ob auch dieser auf den Flächen nicht angebaut werden darf.

RM Borkenstein antwortet, dass sich der Antrag auf Maisanbau bezieht.

RM Homfeldt möchte vor der Beschlussfassung wissen, wer die Einhaltung kontrollieren wird.

BM Böhling erklärt, dass auch die anderen zu erfüllenden Kriterien überprüft werden müssen und sich die Verwaltung die Einhaltung von den Pächtern vor Abschluss des Pachtvertrages erklären lassen wird. Überprüfungen zur Einhaltung der Kriterien werden dann seitens der Verwaltung stichprobenartig durchgeführt. Vor allem dann, wenn entsprechende Hinweise Dritter hierzu eingehen sollten. Diese Erfahrung habe man in der Vergangenheit in vergleichbaren Fällen häufig gemacht.

RM Just findet es nicht gut, das Kontrollsystem auf Denunziation zu setzen.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

„Die Richtlinie zur Vergabe von Landpachten wird dahingehend angepasst, dass eine Benachteiligung konventionell arbeitender Landwirtschaftsbetriebe in Schortens ausgeschlossen wird. Die Vorlage wird zur erneuten Beratung in den Fachausschuss verwiesen.“

Der Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

RM Homfeldt bittet darum, das Abstimmungsergebnis der CDU-Fraktion zu protokollieren.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion und der BfB-Fraktion haben dem Antrag zugestimmt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Ergänzungsantrag der SPD-FDP-Gruppe:

„Auf städtischen Flächen darf bei Neuverpachtung und bei Verlängerung von Pachtverträgen zukünftig kein Mais angebaut werden, der in Biogasanlagen verheizt wird.“

Dem Antrag wird bei 20 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen zugestimmt.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion und der BfB-Fraktion haben dem Antrag nicht zugestimmt.

RV Fischer lässt sodann über den nachfolgend aufgeführten, ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen: